

Gesendet: Sonntag, 04. September 2022 um 22: 35 Uhr

Von: "Helmut Jansen"

An: Franziska.Giffey@senatskanzlei.berlin.de, Daniel.Wesener@senfin.berlin.de, Astrid-Sabine.Busse@senbjf.berlin.de, Bettina.Jarasch@senUMVK.berlin.de, Klaus.Lederer@Kultur.berlin.de, Iris.Spranger@seninnDS.berlin.de, Katja.Kipping@senIAS.berlin.de, Lena.Kreck@senjustva.berlin.de, Andreas.Geisel@senstadt.berlin.de, Stephan.Schwarz@senweb.berlin.de, Ulrike.Gote@senWGPG.berlin.de, raed.saleh@spd.parlament-berlin.de, Silke.Gebel@gruene-fraktion.berlin, Werner.Graf@gruene-fraktion.berlin, Schatz@linksfraktion.berlin, Helm@linksfraktion.berlin, kontakt@marcelhopp.de, louis.krueger@gruene-fraktion.berlin, brychcy@linksfraktion.berlin, post@kgwberlin.de, brychcy@linksfraktion.berlin, paul.fresdorf@fdp-fraktion.berlin

Cc: LEA@senbjf.berlin.de

Betreff: Schulbauoffensive

Liebe Genossin, lieber Genosse, sehr geehrte Abgeordneten des Berliner Parlaments und Mitglieder des Senats,

seit über 30 Jahren bin ich in der SPD und habe es hingenommen, dass immer wieder mal rote Linien angegangen wurden. Meine Berliner Bildungserfahrung begann mit der Gründung eines Kita-Fördervereins vor 20 Jahren, ich war 10 Jahre lang der Schulfördervereinsvorsitzende der Jeanne-Barez-Schule in Französisch Buchholz und ich bin aktuell Fördervereinsvorsitzender und Gesamtelternsprecher im Robert-Havemann-Gymnasium in Karow. Schulplatzsorgen und -nöte der Eltern waren ein stetiger Wegbegleiter. Und sie bleiben es, wenn die Schulbauoffensive geschoben, vielleicht gekürzt oder gar eingestellt werden wird - und eben damit eine rote Linie überschritten wird. Dagegen: Der Haushalt muss - ohne Aufschub - eine verlässliche Investitionsperspektive aufzeigen! Zudem: Organisatorisch und personalwirtschaftlich muss dafür Sorge getragen werden, dass das Geld investiert werden kann!

Am vorletzten Samstag habe ich den Buchholzer Einschulungseltern die Folgen veranschaulicht, wenn in sechs Jahren, nämlich dann zum Übergang ihrer Kinder in die weiterführenden Schulen, etwa auf der Elisabeth Aue keine Oberschule stehen wird. Und was es heißt, wenn ihre Kinder mit Bauchweh nach Hause gehen, weil sie sich vor unsanierten Schultoiletten ekeln. Oder was es heißt, wenn in einem eigentlich fünfzügigen Gymnasium nunmehr eine achte 7. Klasse eingerichtet wird oder Kinder in andere Bezirke zur Schule gehen müssen. Um die 3.000 Menschen demonstrierten 2016 für eine Grundschülerweiterung in Buchholz. Die Demo trug zur Schulbauoffensive bei, dank derer schon im letzten Jahr ein neues Schulgebäude in Betrieb gehen konnte. Es geht also und zwar sehr gut.

Als Vorsteher eines Wahllokals bei der letzten Wahl habe ich mit einem sehr fundierten Bericht dazu beigetragen, dass der Verfassungsgerichtshof über die Gültigkeit der Wahlen zum AGH und den BVV'en verhandeln wird. Ich hoffe sehr, dass es zu einer Wahlwiederholung kommen wird. Denn sollten Kürzungen bei den Investitionen bei Schulbauten oder in Bildung generell beschlossen werden, stehen diese für mich als Wahlkampfthema fest. Und ich werde die Pankower Eltern - wie 2016 - um Unterstützung bitten.

Überdies bitte ich, damit aufzuhören, auf etwaige Zuständigkeiten der Bezirke zu verweisen. Diese sind auch Opfer. Der Senat steht in einer Gesamtverantwortung und muss in der Priorisierung seiner Ausgabenpolitik konsequent den wirklichen Bedürfnissen der Berlinerinnen und Berlinerinnen Rechnung tragen. Das sind vorrangig gut ausgestattete Schulplätze!

Schließlich müssen die gegebenen Ressourcen bedarfsgerecht ausgerichtet werden. Dazu kann das Schulgesetz und dessen Umsetzung beitragen. Ein Beispiel: Aus der Lamäng nehme ich an, dass ein Viertel, vielleicht ein Drittel der Berliner Grundschüler trotz Förderprognose eigentlich nicht gymnasialtauglich ist. Weil das Berliner Schulsystem aber die an sich leistungsorientierte Lebenswirklichkeit nach und nach weniger abbildet und die Schülerinnen und Schüler irgendwie irgendwo untergebracht werden MÜSSEN, binden sie über Gebühr das gymnasiale Lehrpersonal. Jedoch auch, weil viele Eltern glauben, dass letztlich die Zukunftschancen ihrer Kinder nur von den Schulnoten abhängen, allein das Abitur genügt und der verwirklichte Traum vom Studium das i-Tüpfelchen ist. Heißt: Über den rein quantitativen Schulplatzbedarf hinaus sehe ich auch die Notwendigkeit, die Bildung hier tiefgreifend zu überdenken und zwar ausdrücklich nicht im Sinne der jüngsten schulgesetzlichen Änderungen.

Viele Grüße!

Helmut Jansen